

Akzeptanz für LSBTI* weiter gestalten

Ergebnisse des zweiten Regenbogen-
Parlaments in Köln am 22.09.2018

IN DIESEM HEFT

Grußworte zur Eröffnung des Regenbogenparlaments	S. 3	Fachforum 3: Regenbogen- kompetenz in Rundfunk- und Medienräten	S. 16
Keynote: Rechtspopulistische Agitation gegen LSBTI*	S. 5	Fachforum 4: Regenbogen- kompetenz in der internationalen Menschenrechtsarbeit	S. 19
Fachforum 1: Regenbogen- kompetenz in Pflege und Alter	S. 7	Fachforum 5: Out im Office – Regenbogenkompetenz in der Arbeitswelt	S. 21
Fachforum 2: Regenbogen- kompetenz in Kirchen und Religionsgemeinschaften	S. 10	Podiumsdiskussion: Queer School – Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht	S. 23

Consilium
RESTAURANT · CAFÉ · BAR


Die Oberbürgermeisterin
Amt für Weiterbildung
Volkshochschule


Arbeiter-Samariter-Bund
NRW e.V.


HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG


a&o
aohostels.com

Gefördert vom

 Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Vorwort: Dokumentation des Regenbogenparlaments

Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse des zweiten bundesweiten Regenbogenparlaments „Akzeptanz für LSBTI* weiter gestalten“ am 22. September 2018 in Köln. Im Rahmen dieses bundesweit einmaligen Forums wird dem intensiven fachlichen Austausch zum Thema „Regenbogenkompetenz“¹ in wichtigen Gesellschafts- und Politikbereichen Raum gegeben. Gleichzeitig will dieses Format Impulsgeber sein, um neue Allianzen und Bündnisse zwischen LSBTI*-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen anzustoßen (zum Beispiel mit Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, migrantischen und antirassistischen Initiativen sowie mit Fachkräften aus der Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit).

Das Regenbogenparlament ist Teil des LSVD-Projekts „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“. Der Familien- und Sozialverein des LSVD als Projektträger wird gefördert in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themen- und Strukturfeld „Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi- und intersexuelle bzw. -geschlechtliche Menschen und ihre Angehörigen“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ fördert die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI*). Die Stärkung von LSBTI*, ihren Verbündeten und Fachkräften steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Entwicklung nachhaltiger Strategien und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Allianzen gegen Homosexuellen- und Trans*Feindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, sowie gegen jede weitere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Das Regenbogenparlament in Köln war eine Veranstaltung des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) in Kooperation mit der Stadt Köln, Amt für Weiterbildung – Volkshochschule / Bereich Politische Bildung. Die Veranstaltung wurde unterstützt von: Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Nordrhein-Westfalen, Heinrich Böll Stiftung Tunis, a & o Hostels (Köln), Restaurant Consilium (Köln). Moderiert wurde das Regenbogenparlament von **Berena Yogarajah**, Referent*in des Autonomen Frauen*Lesben*Referats der Uni Köln.

Homaira Mansury @ LSVD/Caro Kadatz



„Das Regenbogen-Parlament ist neben zahlreichen anderen Projekten, welche der LSVD mit Erfolg und Anerkennung durchführt, in meinen Augen großartig. Die Menschen, die sich im FORUM Volkshochschule immer wieder versammeln, um sich politisch für Grundrechte und die Gleichstellung aller Menschen in jeder Hinsicht und ohne falsche Kompromisse einzusetzen, wollen wir als öffentliche Bildungseinrichtung weiterhin tatkräftig unterstützen. Als Leiterin der Politischen Bildung bei der VHS Köln freue ich mich, in einigen Projekten Teil dessen sein zu können. Die Vernetzung von Bildung und NGO-Arbeit ist so wichtig, denn gemeinsam können wir jedes Mal ein bisschen mehr bewegen – und damit auch die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit. Denn LSBTI*-Themen sind keine Nischenthemen. Sie gehen die ganze Gesellschaft an.“

– Homaira Mansury

¹ Regenbogenkompetenz meint die Fähigkeit von Fachkräften, mit den Themen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität professionell und möglichst diskriminierungsfrei umzugehen

Auszug aus dem ersten Grußwort

Dennis Fischer, Vorstand des Lesben- und Schwulenverbands in Nordrhein-Westfalen (LSVD NRW)



„Natürlich wird es auch weiterhin CSD's geben und das ist auch nötig, nicht nur weil wir seit einem Jahr in unserem Parlament nun eine politische Kraft haben, die uns unsere Rechte wieder nehmen will.“

– Dennis Fischer

Liebes Regenbogenparlament,

als ich zum ersten Mal den Begriff „Regenbogenparlament“ hörte, wusste ich zunächst nicht genau, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Aber ich finde ihn sehr schön und gelungen, denn er bündelt doch Vieles, was gerade in diesen Tagen so wichtig scheint: Respekt vor unterschiedlichen Lebensweisen, sich friedvoll und ohne Vorurteile auszutauschen, auch Meinungen, die nicht immer dem Gegenüber gefallen müssen, aber in dem Bewusstsein, dies im richtigen Ton zu tun, denn das verlangt eine starke Demokratie, die sich unterscheidet von Schreihälsen und Populist*innen.

Vor gut einem Jahr trat die Eheöffnung in Kraft. Was durften wir uns da anhören, natürlich wieder aus bestimmten Kreisen, nun seien zum Beispiel keine Christopher Street Days mehr nötig. Und wie war dieser Sommer? Nicht nur heiß, nein, hier in Köln wurden die Besucher*innenzahlen deutlich gesteigert und es gab auch deutlich mehr Gruppen, die an der Demo teilnahmen. In anderen Städten ein ähnliches Bild. Natürlich wird es auch weiter CSD's geben und das ist auch nötig, nicht nur weil wir seit einem Jahr in unserem Parlament nun eine politische Kraft haben, die uns unsere Rechte wieder nehmen will. Wobei ich betonen will, dass es im Bundestag nicht erst jetzt schwierig geworden ist. Und die

Gleichstellung im Recht ist auch nicht alles, zumal da auch noch nicht alles erreicht ist, man denke nur an die Umsetzung dessen, was das Bundesverfassungsgericht zum dritten Geschlechtseintrag der Regierung als Arbeitsauftrag mitgegeben hat.

en bestellt ist. Auf Letzteres freue ich mich als gelernter Journalist besonders. Ich bin gespannt auf die Vorträge und Debatten, denn das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben muss in allen Lebensphasen Wirklichkeit werden.



Was mir und auch dem neuen Vorstand in NRW wichtig ist, wie wir Homosexuellen- und Trans*Feindlichkeit im Alltag besser bekämpfen. Denn das Gesetz ist das eine, aber viel Zeit verbringen wir auch auf der Arbeit. Aber nicht nur dort. Und dafür ist das Regenbogenparlament eine gute Bühne. Dabei diskutieren wir heute etwa, wie es mit der Regenbogenkompetenz in der Altenpflege, in der Bildung, in den Religionsgemeinschaften, in den Medi-

Wir können stolz darauf sein, was wir erreicht haben. Und ich persönlich bin nicht bereit, über jedes Stöckchen zu springen, das man uns hinhält. Ich wünsche uns einen bunten und interessanten Tag!

Dennis Fischer
Vorstand LSVD NRW

(Es gilt das gesprochene Wort)

Auszug aus dem zweiten Grußwort

Elfi Scho-Antwerpes, Bürgermeisterin der Stadt Köln



Elfi Scho-Antwerpes © LSVD/Caro Koddatz

„Die Kompetenz, mit Themen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität professionell und diskriminierungsfrei umzugehen, ist ein großes Anliegen und muss sich auch in allen Regelleistungen wiederfinden.“

– Elfi Scho-Antwerpes

Es freut mich außerordentlich, dass das zweite bundesweite Regenbogenparlament in Köln stattfindet. Als Bürgermeisterin von Köln bin ich nicht nur stolz darauf, dass viele Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen hier leben oder Köln besuchen, um hier eine weltoffene Atmosphäre der Akzeptanz zu genießen. Ich bin ebenso stolz darauf, dass Köln eine engagierte LSBTI*-Community hat, dass die Bundesgeschäftsstelle des LSVD und die Geschäftsstelle des NRW-Landesverbandes ihren Sitz in Köln haben und dass Köln auch Tagungsort für bundesweite Veranstaltungen wie diese ist: eine Veranstaltung, bei der Menschen aus ganz Deutschland zusammenkommen, um sich für die entsprechenden Rechte einzusetzen. Und das am richtigen Ort: hier im FORUM Volkshochschule, einem Ort der Begegnung, geprägt von Diversität, Einsatz für Menschenrechte, von konstruktivem Austausch und respektvoller Diskussion auf Augenhöhe.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken“ ruft dazu auf, sich aktiv rechtspopulistischen Parolen entgegen zu stellen. Eine Tradition, die es in Köln seit langem gibt. LSBTI*, sexuelle, geschlechtliche und auch familiäre Vielfalt gehören zu unserer offenen, libe-

ralen und demokratischen Gesellschaft. Werte, deren Selbstverständnis es zu bewahren gilt. Das erste Regenbogenparlament in Berlin Anfang dieses Jahres hat ein besonderes Augenmerk auf die Vermittlung und Etablierung von sogenannten „Regenbogenkompetenzen“ gesetzt. Die Kompetenz, mit Themen der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität professionell und diskriminierungsfrei umzugehen, ist ein großes Anliegen und muss sich auch in allen Regelleistungen wiederfinden.

Heute geht es um weitere Schwerpunkte: Über die Vereinbarkeit von Religiosität und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und Identitäten wird oft gestritten. Es gibt in allen Gemeinschaften fortschrittliche Kräfte. Welche Beispiele guter Lehre und Praxis gibt es hierzu?

In Berlin wurde über die „Lebenswelten von LSBTI* in Medien - Wunsch und Wirklichkeit“ diskutiert. Heute fragen wir, was sich bisher durch die LSBTI*-Interessenvertretung in einigen Rundfunk- und Medienräten verbessert hat und welche Herausforderungen noch bestehen.

Wie sollten sich Kommunen und Organisationen im Rahmen ihrer internationalen Menschenrechtsarbeit verhalten,

wenn in den Partnerländern LSBTI* verfolgt, inhaftiert oder gar gefoltert werden?

Welche Möglichkeiten bieten die Landesaktionspläne und was können zum Beispiel die Gewerkschaften tun, damit Menschen über ihre sexuelle und geschlechtliche Identität am Arbeitsplatz sprechen können?

Und – und hier geht auch die VHS Köln mit positivem Beispiel voran –: Wie kann es gelingen, dass Schulen und Bildungseinrichtungen Orte des Respekts und der Vielfalt werden?

Es gibt noch viel zu tun. Ich wünsche Ihnen einen intensiven Austausch, eine gelungene Tagung und ein schönes Wochenende in Köln!

Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin der Stadt Köln

(Es gilt das gesprochene Wort)

Keynote: „Rechtspopulistische Agitation gegen LSBTI*“

Vortrag von Hans-Peter Killguss und Carolin Hesidenz, Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln



Hans-Peter Killguss © LSVD/Caro Kadritz

„Die autoritären Vorstellungen des Rechtspopulismus zeigen sich in einer repressiven Law-and-Order-Politik. Rechtspopulismus bedeutet auch eine spezifische Form der emotionalisierten und polarisierten Kommunikation.“

– Hans-Peter Killguss & Carolin Hesidenz

Carolin Hesidenz und Hans-Peter Killguss beleuchteten in ihrem Einführungsvortrag die rechtspopulistische Agitation gegen LSBTI* am Beispiel verschiedener Erscheinungsformen und stellten einige Gedanken zu Gegenstrategien im Sinne der Akzeptanzförderung an.

Ausgehend von der Feststellung, dass bestimmte Rollenbilder und Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit auch historisch in der Ideologie der (extremen) Rechten zu verorten sind, widmeten sich Carolin Hesidenz und Hans-Peter Killguss zunächst der Frage, was unter Rechtspopulismus zu verstehen sei. Zu dessen Merkmalen zählten neben dem Bezug auf das „Volk“ und die Abgrenzung zu „denen da oben“ auch die Abgrenzung von „den Anderen“. Dabei werden soziale Problemlagen kulturalisiert und ethnisiert, sie also einer Gruppe aufgrund ihrer „Herkunft“, „Kultur“ oder „Religion“ zugeschrieben. Auch gegen LSBTI* wird Stimmung gemacht. Die autoritären Vorstellungen des Rechtspopulismus zeigen sich in einer repressiven „Law-And-Order-Politik“. Rechtspopulismus bedeutet aber auch eine spezifische Form der Kommunikation: emotionalisiert und polarisiert. Da die Übergän-

ge zum Rechtskonservatismus und zum Rechtsextremismus fließend sind, stellten die Referierenden die Frage, welche Begriffe zur inhaltlichen Auseinandersetzung zielführend seien.

Von rechter Seite wird immer wieder das Thema „Migration“ als Dreh- und Angelpunkt gesellschaftspolitischer Debatten aufgegriffen. In diesem Sinne wird die Einteilung von „Wir“ („Wir Einheimische“) und „Die“ („Die Fremden“) gesetzt. Carolin Hesidenz und Hans-Peter Killguss rieten dazu, diese binären Denkmuster nicht unbewusst zu übernehmen und auch die eigene Wortwahl zu hinterfragen. Zudem verwiesen sie als Diskussionsanregung auf die Thesen der Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan, die davon ausgeht, dass die eigentlichen gesellschaftlichen Bruchlinien nicht entlang der Kategorie „Migration“ verlaufen, sondern zwischen Pluralitätsaffinen und Pluralitätsgegner*innen. Migration ist nach Foroutan nur eine Chiffre für Pluralität, hinter der sich vieles versteckt: „Umgang mit Gender-Fragen, Religion, sexueller Selbstbestimmung, Rassismus, Schicht und Klasse, zunehmende Ambiguität und Unübersichtlichkeit usw.“³

Carolin Hesidenz und Hans-Peter Killguss zeigten die rechtspopulistische Agitation gegen LSBTI* anhand von neonazistischen Organisationen, parteipolitischen Strömungen, der „Identitären Bewegung“ und öffentlich sichtbaren Kundgebungen wie beispielsweise der „Demo für alle“ auf. Dabei gebe es Schnittmengen zum Beispiel in der Ablehnung der „Ehe für alle“ oder auch von Gender Mainstreaming, was von den verschiedenen rechten Spektren als Angriff auf vermeintlich natürlich vorgegebene Geschlechterrollen interpretiert wird. Es stellt sich die Frage, inwieweit rechtspopulistische Akteure auf Zustimmung aus „der Mitte der Gesellschaft“ hoffen können. Die allgemeine Haltung in der Bevölkerung gegenüber LSBTI* lässt auf der Oberfläche eine weit verbreitete Akzeptanz erkennen. Die Einstellungsforschung kann jedoch zeigen, dass die Zustimmung abnimmt, je konkreter gefragt wird. Das gilt zum Beispiel auch in der Frage nach dem vollen Adoptionsrecht. Eine gewisse Ablehnung besteht auch bezüglich der Sichtbarkeit von Homosexualität in der Öffentlichkeit. Unter dem Hashtag #mequeer werden Erfahrungen benannt, welche Formen von

³ Naika Foroutan, in: Günter Piening: Die Macht der Migration, Münster 2018

Diskriminierung in der Gegenwart erlebt werden. So sei in der Gesellschaft noch keine volle Akzeptanz erreicht. Und auch im Feld der Politik gibt es

noch viel zu tun: In den Diskussionen um die Umsetzung des Urteils zum Geschlechtseintrag zeigt sich, dass mit dem aktuellen Entwurf des Bundesin-

nenministeriums lediglich ein Minimalkonsens zu erwarten sei.

Foto © LSVD/Caro Kadatz



Vortrag von Hans-Peter Killguss im FORUM Volkshochschule

Zur weiteren Diskussion über die Förderung von Akzeptanz gaben Carolin Hesidenz und Hans-Peter Killguss noch folgende Fragen für die Fachforen mit auf den Weg:

- Wann ist es notwendig, öffentliche Signale zu setzen (z.B. Demonstrationen für LSBTI*-Rechte)?
Wie können wir vermeiden, über jedes Stöckchen der extremen und populistischen Rechten zu springen?
- Wann muss oder sollte Differenz sichtbar gemacht werden? Wann ist Differenz nicht relevant?
- Wie können/müssen wir verschiedene Diskriminierungsformen zusammendenken, um miteinander Gegenstrategien zu entwickeln? Wie ist Solidarität (bspw. mit LSBTI*-Geflüchteten) zu organisieren?
- Wie können wir der Etablierung von Begrifflichkeiten (sogenannte „Homo-Lobby“) entgegenwirken und positive Formulierungen für die Pluralität finden und verbreiten?
- Wie können wir so etwas wie „Herzensbildung“ als Teil der politischen Bildung (von der Kita bis zur Erwachsenenbildung) begreifen?

Fachforum 1: „Regenbogenkompetenz in Pflege und Alter“

Leitung: **Sina Vogt**, Supervisor*in

Expert*innen: **Vera Ruhrus**, Dachverband Lesben und Alter; **Lucie Veith**, Intersexuelle Menschen e.V.; **Frank Kutscha**, Schwulenberatung Berlin

Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben muss in allen Lebensphasen verwirklicht werden. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten/stationären Angebote der Altenpflege sind oftmals nicht für die besonderen Bedürfnisse und Lebenslagen von LSBTI* ausgerichtet. Aus Angst vor Vorbehalten und Diskriminierung durch die Mitarbeitenden oder Mitbewohner*innen werden wichtige Aspekte der eigenen Biografie verschwiegen oder verleugnet. Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zum Verlust von Autonomie und von sozialen Kontakten. Das hat auch für LSBTI* massive Auswirkungen.

- Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu gewährleisten?
- Wie kann der professionelle und diskriminierungsfreie Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in Pflege und Alter erhöht werden?
- Welche Bedürfnisse haben Inter* und auch ältere alleinlebende Lesben?

Diesen und weiteren Fragen ging das Fachforum nach.

Frank Kutscha von der Schwulenberatung Berlin stellte zum Einstieg die Projekte des Netzwerks „Anders Altern“ der Schwulenberatung Berlin, insbesondere das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte „Qualitätssiegel Lebensort Vielfalt“ vor. Einrichtungen erhalten diese Auszeichnung, wenn sie sich nachweislich bemühen, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ihrer Bewohner*innen als wesentlichen Aspekt ihrer Persönlichkeit zu berücksichtigen – in

der Pflege wie auch im alltäglichen Leben der Einrichtung.

Der sogenannte „Diversity-Check“, das Herzstück des Qualitätssiegels, ist ein 120 Punkte umfassender Kriterienkatalog, mit dessen Hilfe die LSBTI*-



Foto © LSV/D/Caro Kadritz

Freundlichkeit einer Pflegeeinrichtung festgestellt werden kann und der zugleich als Basis für die deutschlandweite kostenlose Beratungstätigkeit dient. Die Kriterien des Diversity-Checks beziehen sich auf fünf zentrale Bereiche einer Pflegeeinrichtung: Unternehmenspolitik und Kommunikation, Personalmanagement, Transparenz und Sicherheit, Pflege und Gesundheit sowie die Wohn- und Lebenswelten der Bewohner*innen. Sie erfassen die Ebenen der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität. Die erste Einrichtung, das Pilotprojekt des „Qualitätssiegels Lebensort Vielfalt“, wird voraussichtlich noch dieses Jahr ausgezeichnet, eine zweite Einrichtung folgt Anfang nächsten Jahres. Interesse am Qualitätssiegel bekunden kommunale, konfessionelle und

privatwirtschaftliche Einrichtungsträger.

Das Qualitätssiegel wurde in Zusammenarbeit mit der LSBTI*-Community entwickelt und wird unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Beratungspraxis weiterentwickelt.

Kutscha betonte, dass von dem Siegel alle Bewohner*innen einer Einrichtung profitieren würden, nicht nur LSBTI*. Fortbildungen der Mitarbeitenden sind ein wesentlicher Bestandteil des Kriterienkatalogs. Unter Berücksichtigung von hohen Fortbildungsanforderungen und Fachkräftemangel in den Pflegeeinrichtungen ist ein Fortbildungskatalog entstanden, der es Einrichtungen ermöglicht, das Personal umfassend in verschiedenen, für pflegebedürftige LSBTI* relevanten Bereichen zu schulen. Zugleich wird die Vernetzung mit der regionalen LSBTI*-Community gefördert. Neben einer LSBTI*-Basisschulung sind Fortbildungen im Bereich von Inter* und Trans* in der Pflege sowie Schulungen im Bereich HIV/AIDS verpflichtender Bestandteil des Qualitäts-

siegels. Derzeit spiele die LSBTI* kultursensible Pflege in den Ausbildungen der Pflegekräfte, wenn überhaupt, nur eine sehr geringe Rolle. Deutschland unterscheidet sich in diesem Bereich nicht von anderen Ländern. Auch die hohe Anzahl von Queereinsteiger*innen ohne Grundausbildung profitieren von den Fortbildungen, die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität im Kontext der Pflege thematisieren.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Forschungsbedarf in den unterschiedlichen Bereichen der LSBTI* kultursensiblen Pflege hoch ist. Eine weitere Professionalisierung der Pflege- und Gesundheitsberufe im Sinne einer fortschreitenden Akademisierung wäre für die Generierung von Forschungsergebnissen hilfreich.

Lucie Veith wies darauf hin, dass besonders beim Thema Demenz oder beim Verlust der Sprachfähigkeit die Folgen für Inter* und Trans* gravierend seien. Fachkräfte in der Altenpflege seien beispielweise auf die Versorgung einer Neovagina gar nicht vorbereitet. Wenn Klient*innen Informationen über zurückliegende Operationen und über das verwendete Material nicht weitergeben können, komme es zur „Verrottung“ von innen. Auch beim Thema „Hormongabe“ fehle es an Fachwissen, das habe gravierende Folgen für Pflegenden und Klient*innen. Besondere Pflegebedürfnisse von Inter* sind weitgehend unbekannt. Intergeschlechtliche Menschen fürchten Ausgrenzungen und Unterbringungen in Mehrbettzimmern. Auch sind die Bedürfnisse von intergeschlechtlichen Menschen im Alter in keiner Studie erfasst.

Vera Ruhrus merkte in der Diskussion um LSBTI*-inklusive Alteinrichtungen an, dass der Autonomiebedarf bei älteren, alleinlebenden Lesben sehr hoch sei. Lesbische Frauen* seien oft auch gut vernetzt. Hinzu komme, dass nicht alle Menschen in entsprechenden Einrichtungen der Altenhilfe/-pflege leben wollen. Es gebe den starken Wunsch, dort alt zu werden, wo man

wohnt. Gleichzeitig unterstrich Vera Ruhrus, dass es in den Einrichtungen der Altenhilfe oft auch an zeitgeschichtlichem Wissen um die Lebensumstände der Klient*innen fehle (zum Beispiel Wissen um den § 175 StGB). Klient*innen haben oft Jahrzehnte im Verborgenen gelebt, ohne dass ein Coming Out möglich oder denkbar gewesen wäre. Auch wenn Lesben

denen Ressourcen in der Pflege derzeit und zukünftig, gerade auch unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels, eine umfassende Betreuung und Hilfe gewährleisten könne.

Sina Vogt berichtete, dass die mobilen Pflegekräfte oft unter einem immensen Zeitstress stehen. In nahezu 20 Minuten müsse eine komplette Pflege erfolgen.



Foto © LSVD/Caro Kadatz

durch den § 175 StGB nur indirekt betroffen waren, wurden sie nicht selten Opfer von Sorgerechtszug und anderen Repressionen. Lucie Veith ergänzte, dass es besonders auch beim Thema Trans* und Inter* konkrete Studien brauche. Wir müssen wissen, was LSBTI* im Alter wichtig ist, so Veith. Gleichzeitig unterstrich Ruhrus, dass es eine deutliche Diskrepanz gäbe zwischen dem, was sich LSBTI* wünschen und dem, was in der Pflege überhaupt noch möglich sei.

Frank Hoyer vom ASB NRW fügte hinzu, dass man auch darüber sprechen müsse, wie man mit den vorhan-

Daher sei es nicht verwunderlich, dass Fachkräfte abblocken beim Thema „kultursensible Pflege“: „Das sollen wir jetzt auch noch machen?“

Eine Lösung könne eine Kooperation von professionellen Pflegedienstleistern und nachbarschaftlichen Netzwerken sein, merkte Vera Ruhrus an. Erschwerend komme allerdings hinzu, dass Pflegekräfte den Nutzen einer LSBTI*-kultursensiblen Pflege oft nicht wahrnehmen.

Was ist nötig, um Regenbogenkompetenz in der Altenhilfe und -pflege zu erhöhen?

- + LSBTI*-kultursensible Pflege
- + Diversity bzw. Regenbogen-Siegel mit verbindlicher Umsetzung
- + Regenbogenkompetenz muss als Mainstream-Thema in allen Einrichtungen umgesetzt werden
- + Schulungen und Workshops in allen Bereichen: „Pflege & Beratung“, „Geschlechtergerechter Umgang“, „Geschlechtergerechte Sprache“, LSBTI*-inklusive Biographiearbeit
- + Aktionspläne zum Thema Regenbogenkompetenz in Pflege und Alter
- + Das Thema Non-Binärität sollte verpflichtend in die Curricula der Aus- und Weiterbildung aufgenommen werden, zum Beispiel: „Wie spreche ich non-binäre Menschen an?“

Wie können Träger einen diskriminierungsfreien Alltag von LSBTI* Senior*innen ermöglichen?

- + Einrichtungen müssen das Thema Diversität mit in ihre Prozesse und Organisation aufnehmen
- + Maßnahmen müssen operationalisierbar sein („handpraktische Umsetzung“)
- + Träger sollten sich stärker über „best-practice“-Beispiele untereinander austauschen

Welche Forderungen leiten sich daraus für die Politik ab?

- + Studienlage verbessern: Was wünschen und brauchen LSBTI* im Alter? Wie leben LSBTI* im Alter derzeit?
- + Wissenschaft zum Thema „Pflege“ fördern: Professionalisierung, Forschungsgelder erhöhen, Professuren schaffen
- + Rechtsanspruch auf eine gerechte Pflege absichern: Es geht hier nicht um eine bloße Dienstleistung, sondern um ein Grundrecht. Leistungen stehen allen Menschen zu, LSBTI* sind keine Ausnahme. Wenn Leistungen nicht erfolgen, muss es Konsequenzen haben. Der Staat muss hier seine Kontrollpflicht durch seine Aufsichtsbehörden oder den Medizinischen Dienst der Krankenkassen wahrnehmen.
- + staatliche Förderung von entsprechenden Zertifizierungen und von Modellprojekten
- + Quartiersförderung: Menschen müssen so lang wie möglich dort leben können, wo sie wohnen. Strukturen im ländlichen Raum aufwerten
- + Leistungen im Gesundheits-/und Pflegesystem müssen unabhängig von Einkommen / Rente finanziert werden
- + Aufwertung des Pflegeberufs: finanziell, Akademisierung (Bsp. Niederlande), niedergelassene Krankenschwestern / Gemeindeschwestern (Bsp. Rheinland-Pfalz)
- + Die Haltung von Pflegenden muss verbessert werden.

An welchen Strategien sollten Verbände hier arbeiten?

- + interkulturelle Öffnung / generationale Öffnung: Verbände hängen Menschen ab, weil sie sie nicht mitdenken
- + Träger sollten stärker Synergieeffekte zwischen nachbarschaftlicher Unterstützung und Pflege nutzen
- + innerverbandliche Studien zur Thematik „Bedarfe in Pflege und Alter“ müssen angestoßen werden
- + vielfältige Gesellschaft muss überall durchdekliniert werden (Land / Kommune)
- + Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden: Fachtagungen, Entwicklung von Empfehlungen, bundesweites Bildungsprojekt zum Thema „Pflege“, bundesweite Fachtage (Förderung der Gesundheit)
- + LSVD soll Senior*innen-Verbände wie BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenorganisationen) ansprechen, um einen großen gesellschaftsfähigen Polylog anzustoßen: Was macht ihr für LSBTI*? Wie können wir gemeinsam arbeiten?
- + Stärkung der Zugehörigen: Das Sozialgesetzbuch (SGB X I) definiert Angehörige weiter, pflegende Angehörige werden damit entlastet. Das SGB muss stärker auch auf Zugehörige ausweitert werden
- + Dialoge und Fachgespräche zwischen LSBTI*-Verbänden und Krankenkassen / Kammern / Medizinischen Diensten der Krankenkassen muss angestoßen und unterstützt werden
- + Krankenkassen, Kammern und Verbände müssen intersektional denken und arbeiten. Beispiel: LSBTI* mit Behinderung

Fachforum 2: „Regenbogenkompetenz in Kirchen und Religionsgemeinschaften“

Leitung: **Henny Engels**, LSVD-Bundesvorstand

Expert*innen: **Dr. Michael Brinkschröder**, Regenbogenforum, röm.-kathol. Kirche; **Eva Burgdorf**, Regenbogenforum, protest. Kirche; **Günter B. Ginzel**, liberales Judentum; **Miyesser Ildem**, Liberal-Islamischer Bund

Foto © LSVD/Caro Koddatz



Das Fachforum war eine Fortführung aus dem ersten Regenbogenparlament in Berlin. Ergebnisse hierzu finden Sie in einer Broschüre, die zum Download bereitsteht unter:

www.miteinander-staerken.de/wp-content/uploads/2018/09/lsvd-dokumentation-berlin-regenbogenparlament-2018.pdf

Über die Vereinbarkeit von Religiosität und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und Identitäten wird oft gestritten. Sowohl in den christlichen Kirchen als auch in muslimischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften gibt es ausgeprägte Strömungen von Homosexuellen- und Trans*Feindlichkeit. Es gibt in allen Gemeinschaften auch fortschrittliche Kräfte, die für die Vereinbarkeit von Glauben und Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit eintreten. Im Fachforum wurde unter anderem der Frage nachgegangen, wie sowohl die Situation von LSBTI* innerhalb der Religionen als auch der öffentliche Umgang der Glaubensgemeinschaft mit LSBTI* und ihren Interessen verbessert werden können.

1. Inputs der Expert*innen

Günter B. Ginzel, Jüdische Perspektive, Köln:

Auch in einer säkularen Gesellschaft leben religiöse Vorstellungen weiter, als Nischen und als anonyme Formen; das wird oft unterschätzt. In der Vergangenheit (nach Auschwitz) fehlte die Solidarität der Minderheiten untereinander: SLesben und Schwule, Roma und Sinti waren nicht anerkannt. Die Einladung von Sinti und Roma zu Gedenkfeiern ist Ignaz Bubis zu verdanken.

Das Thema Homosexualität ist immer

auch mit anderen Vorurteilen und Traumata verknüpft. Das spielte z.B. in der NS-Propaganda eine Rolle. Die Liberalisierung in der Gesamtgesellschaft hat auch die Liberalisierung in Religionsgemeinschaften vorangetrieben. In der liberalen jüdischen Gemeinde in Köln ist Homosexualität kein großes Thema. Das hat sich – ebenso wie das Denken über die Stellung der Frau – inzwischen sehr stark gewandelt aufgrund der Idee einer Solidarität der Minderheiten untereinander. So gibt es mittlerweile einen speziellen Schabbat-Gottesdienst vor dem CSD.

In der Orthodoxie bewegt sich zumindest in Teilen einiges: Kann man Schwule und Lesben akzeptieren, weil sie „krank“ sind? Denn in diesem Fall müsste man nett zu ihnen sein, doch wäre es keine Krankheit, sind sie dann „gefährlich“? Das wird gerade in Israel intensiv diskutiert. Weltweit sind orthodoxe Juden/Jüdinnen aber in der Minderheit.

Miyesser Ildem, Liberal-islamischer Bund (LiB):

Als Muslima ist es in diesen Zeiten nicht so einfach, über Homosexualität zu

sprechen. In der Öffentlichkeit besteht der Eindruck, dass Homosexuellen-feindlichkeit ein zentrales Kennzeichen vornehmlich des Islam sei. Die meisten muslimischen Länder haben sehr rigide Vorstellungen gegenüber Homosexualität. Auch in Deutschland sind die Verbände sehr konservativ orientiert. Der Liberal-Islamische Bund (LiB) hat ein Positionspapier zu Homosexualität veröffentlicht, das eine neue Theologie zu entwickeln versucht. Das hat dem Verband viel Kritik eingebracht.

Der LiB arbeitet eng mit internationalen Netzwerken zusammen, z.B. mit The Inner Circle, Südafrika (Muhsin Hendricks), der Safe Spaces bildet und LSBTI*-Imame ausbildet. Ein vielversprechender Ansatz scheint zu sein, das Thema zu enttheologisieren. Ziel ist es, LSBTI* eine Heimat zu geben, um ihnen zu ermöglichen, ihre Religion und ihre geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung zusammen leben zu können.

Michael Brinkschröder, Regenbogenforum, röm.-katholische Kirche

Die Ausstellung „Verschaff mir Recht“, die die Kriminalisierung von LSBTI* und die Verantwortung der röm.-kath. Kirche thematisiert, wird derzeit in kath. Erwachsenenbildungsstätten, Akademien oder Einrichtungen der City-Pastoral gezeigt.

Zur diesjährigen weltweiten Jugendsynode wurde das Thema Annahme aller, unabhängig von der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, im Vorbereitungsdokument aufgenommen. Die Vorsynode hat hier widersprüchliche Haltungen deutlich werden lassen.

Überlagert wird das Thema Jugend allerdings durch den weltweit debattierten, sehr häufigen und häufig vertuschten sexuellen Missbrauch durch kath. Kleriker. Der ultrarechte Flügel der Kirche versucht, homosexuelle Priester dafür verantwortlich zu machen.

Wir halten dagegen, dass es unter den homosexuell orientierten Priestern reife und unreife Persönlichkeiten gibt. Das Verbot der Homosexualität im Zusammenspiel mit dem Verbot der zwischenmenschlichen Sexualität allgemein (Zölibat) zieht zu viele unreife Charaktere an. Daher müssen beide Regulierungen außer Kraft gesetzt werden. Im Erzbistum München-Freising gibt es eine AG Regenbogenpastoral, die die Strategie für die zukünftige Arbeit in diesem Feld entwickelt. Ein erster Schritt ist ein Workshop „Screening Regenbogenkompetenz“ mit Frau Prof. Schmauch.

Eva Burgdorf, Regenbogenforum, protestantische Kirche:

Zu der Frage, in welchen Landeskirchen Trauungen und Segnungsfeiern möglich sind, findet sich der beste Überblick auf der Web-Plattform „Homosexuelle und Kirche“ (HuK) www.huk.org. Die evangelische Nordkirche trägt gleichgeschlechtliche Trauungen in die Kirchenbücher ein. Damit ist völlige Gleichstellung bei der Trauung erreicht. Desgleichen ist inzwischen

in einigen evangelischen Landeskirchen der Fall. Ein Überblick findet sich unter: <https://www.huk.org/images/pictures/inhalte/karte-partnerschaftssegnung.pdf>

Der Workshop „Mit der Bibel gegen Homofeindlichkeit“ von Eva Burgdorf und Nils Christiansen wird zum 3. Mal beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) 2019 im Kontext des Re-



**STÄRKUNG DER
LSBTTIQ-KRÄFTE
IN DEN KIRCHEN**

genbogenzentrums angeboten.

Lesben und Kirche (LuK) textet 17 Kirchenlieder in gendergerechter Sprache um, die in das Liederbuch des DEKT aufgenommen werden und von da aus weiterwirken. Das führte zu Beschimpfungen in Zeitungen im Zusammenhang mit der Verunglimpfung der Diskussion um Geschlechterrollen, hat aber auch viel Publicity beschert.

Folgende Anknüpfungspunkte für die Vernetzung ergaben sich aus der Diskussion:

- Es gibt das European Queer Muslim Network (der LiB ist beteiligt durch Leyla Jagiella). Aber das globale muslimische Netzwerk funktioniert besser als das europäische Netzwerk.
- In der alevitischen Jugend gibt es

seit sieben Jahren eine queere Jugendgruppe. Außerdem gibt es die Junge Islam-Konferenz (bundesweites Netzwerk).

- Eine Teilnehmerin weist darauf hin, dass sich aus der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)

die Keshet-Bewegung in Deutschland gründen möchte. Damit sollen Jüd*innen, die gleichgeschlechtlich lieben und/oder sich als transgeschlechtlich identifizieren, eine eigene Stimme bekommen und sich gegenseitig stärken.

Folgende Fragen und Anregungen für die strategische Ausrichtung ergaben sich aus der Diskussion:

- Wie geht der LSVD mit rassistischen Äußerungen in den eigenen Reihen um?

Der LSVD wendet sich gegen Islamfeindlichkeit auch in den eigenen Reihen. Zum Umgang mit dem Spannungsfeld „Islamfeindlichkeit – Homosexuellenfeindlichkeit“ wurden zahlreiche Gespräche mit muslimischen Organisationen und anderen, die mit dem Themenfeld befasst sind, geführt. Zudem gab es mit Unterstützung der Mobilen Beratung Berlin zwei Workshops mit Argumentationstrainings. Das Angebot wird fortgesetzt.

- National, kulturell, religiös: Wer ist eigentlich angesprochen als Bündnispartner*in?

Der Liberal-islamische Bund versucht weniger eine politische Organisation als vielmehr eine religiös-rituelle Gemeinschaft zu sein, Beheimatung zu

bieten und gemeinsam Rituale zu leben, z.B. bei Eheschließungen oder am Lebensende. Dabei ist die geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung unerheblich.

Konservativ im Kontext „Islam“ ist ein nur scheinbar korrekter Begriff, weil das, was darunter verteidigt wird, gar nicht der Vergangenheit muslimischer Lebensweise entspricht. Stattdessen geht es um ein viktorianisches Familienbild, das islamisiert worden ist. Sich auf das Alte zu berufen, ist im Islam furchtbar wirkmächtig. Daher ist es wichtig, das Label zu entziehen.

Mit Blick auf die römisch-katholische Kirche ist es gut, dass sich der LSVD für die Gleichberechtigung von LSBTI* einsetzt. Aber was ist mit der Gleichberechtigung von Frauen? Hat sich dieses Thema für den LSVD schon erledigt? Ggf. wäre dies auch ein gutes Einstiegsthema mit Blick auf LSBTI*.

In dem Maße, wie eine Religion sich der Frauenfrage stellen muss, brechen alte Strukturen auf: Emanzipatorische Kämpfe von verschiedenen Gruppen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, indem Kämpfe, die in den Vordergrund gestellt werden, von anderen kritisiert werden. Und es können nicht alle Probleme gleichzeitig gelöst werden.

Im Dialog mit der Pastoralkommission der kath. Bischofskonferenz ist das nächste Thema die Situation von lesbischen Mitarbeiterinnen der Kirche. In der Vergangenheit standen andere Themen im Vordergrund, die gemeinsam ausgewählt wurden (z.B. Partnerschaftssegnung, Homosexuellenseelsorge, Seelsorge mit/für Trans*).

Es ist ein strategischer Mangel, dass das Regenbogenforum und auch die HuK bisher kaum Kontakt zu katholischen Frauenverbänden hat.

2. Was können wir im Bereich Bildung gemeinsam unternehmen?

- + Miteinander Eintreten für eine Demokratisierung der Religionsgemeinschaften (vor allem röm.-kath. Hintergrund). Hierzu brauchen wir aber einen differenzierten Blick.
- + Liberale Themen und Menschenrechte haben sich ab einem Zeitpunkt nicht gegen, sondern auch in Religionsgemeinschaften entwickelt. Das gilt auch für LSBTI*-Themen. Menschenrechte und Demokratie sind per se nicht identisch und können auch gegeneinander ausgespielt werden. Wir müssen klarmachen, dass beides nicht auseinandergerissen werden darf, um eine menschenrechtsbasierte Demokratie zu erreichen.
- + Die Religionsgemeinschaften haben sehr unterschiedliche Strukturen. In islamischen LSBTI*-Gruppen ist das

Problem, eine Balance zu finden zwischen berechtigter Kritik und einer islamfeindlichen Haltung. Hier gibt es wenige Leute, die die Spannung gut aushalten können. Um dies zu überwinden, braucht es Trainings.

- + Ansatzpunkt: Materialien für religiöse Gemeinden / Synagogen- und Moscheevereine, um informiert und zivilisiert über LSBTI*-Fragen und mit LSBTI*-Personen zu sprechen
- + Wie erreiche ich diejenigen, die nicht erreicht werden wollen? Beispielsweise repräsentieren diejenigen, die wir in der muslimischen Community erreichen, nur eine Minderheit. Was sind verbindende Elemente und Gemeinsamkeiten, z.B. gegen Rechtspopulismus? Ein gemeinsames Thema Rechtspopulismus

funktioniert vermutlich, aber nicht überall und nicht ausreichend.

- + Im muslimischen Kontext sollte das Thema theologisch angegangen werden. Aber das muss nicht unbedingt in der Moscheegemeinde passieren. Denn hier können unter Umständen nicht alle offen sagen, was sie denken. Toleranz gesellschaftlicher Verhältnisse ist leichter als eine religiöse Stellungnahme.
- + Es braucht eine Unterstützungsstruktur für diejenigen, die sich in queeren Glaubensgemeinschaften engagieren.
- + In interreligiöse Foren sollten LSBTI*-Personen vertreten sein; bislang sind sie es nicht. D.h. man müsste bei der Fördermittelvergabe diese Verknüpfung einfordern.

Wie sollte die Kommunikation im Bereich Bildung gestaltet werden?

- + Essentiell ist eine Sprache und Methodik, die Religiöses wertschätzt. Es gibt berechnete Skepsis bei LSBTI* gegenüber Religionsgemeinschaften – hier gilt es, gegenseitig um Empathie zu werben.
- + Es braucht eine bestimmte Sprache, damit in religiösen Kontexten LSBTI*-Positionen angenommen werden. Auch Menschenrechte werden unterschiedlich ausgelegt, z.B. Religionsfreiheit.
- + Wir brauchen Sprachkurse für Regenbogenkompetenz in religiösen Kontexten und für unterschiedliche Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus müssen wir im interreligiösen Dialog miteinander ins Gespräch kommen.
- + Jugendverbände haben sechs Millionen Mitglieder in Deutschland. Wir müssen junge, religiöse LSBTI* empowern, damit sie in ihren Jugendverbänden offen sprechen, z.B. auch in der Feuerwehrjugend. Viele Jugendverbände sind bei dem Thema schon unterwegs und es ist wichtig zu identifizieren, wer etwas macht.

Vorschläge zum Bereich Schule

- + Vorschläge zum Bereich Schule
- + Curricula für den Religionsunterricht für alle Schulformen durchgehen
- + Man muss sich auch die Schulbücher anschauen, denn das ist die Wirklichkeit dessen, was unterrichtet wird und hinkt den Curricula oft um Jahre hinterher.
- + Der LSVD könnte von Landesregierungen eine Stellungnahme verlangen, wie das Thema LSBTI* im Religionsunterricht verankert ist.
- + In Baden-Württemberg gibt es Vorschläge für einen kultursensiblen Umgang mit LSBTI* (Netzwerk LSBTTIQ und türkische Gemeinde), was bei türkischen Schüler*innen sehr wirksam ist.
- + Vorschläge zur Kooperation: Die Schulsozialarbeit ist eine wichtige Partnerin, da sie Projekte in Schulen macht. Die Schüler*innenvertretung sollte als Bündnispartnerin mitberücksichtigt werden. Eine mögliche Zielgruppe können religiöse Frauenverbände sein.
- + Der LSVD könnte auf die Kultusminister*innenkonferenz zugehen, da dies eine passende Ebene ist.

3. Erwartungen an den LSVD

- + Der LSVD sollte stärker bei der Erinnerungsarbeit Unterstützung leisten. Lesbischen Frauen wurde von den 1950er bis in die 1990er Jahre das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen. Die damit verbundenen Traumatisierungen müssen dringend aufgearbeitet werden.
- + Auch auf der Landesebene sollte der LSVD Sprach- und Argumentationstrainings anbieten: Islamfeindlichkeit & Homosexuellenfeindlichkeit.
- + ein Modul entwickeln, das bei Schulungen eingesetzt werden kann, insbesondere für Jugendleiter*innen-Card (JuleiCa) – Ausbildung, Freiwilligendienste, Bufdis, Soldaten etc.
- + Bildungsberater*innen-Ausbildung für Geflüchtete und Integrationskurse bzw. Unterrichtsmaterialien für diese Zielgruppe erstellen
- + Materialien für Kirchengemeinden (menschliche Sexualität und Lebensübergänge)
- + Kritische Überprüfung der eigenen Medienarbeit: Wie kann der LSVD mit Pressearbeit neue Zielgruppen erreichen?



Foto © LSVD/Caro Kadatz



Fotos: Caro Kadatz / LSVD



Fachforum 3: „Regenbogenkompetenz in Rundfunk- und Medienräten“

Leitung: **Tina Adomako**, Neue Deutsche Medienmacher

Expert*innen: **Benjamin Rottmann**, Vertretung des LSVD Niedersachsen-Bremen in der Niedersächsischen Landesmedienanstalt; **Jenny Renner**, ZDF-Fernsehrätin; **Caro Frank**, Mitglied der Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW



Tina Adomako @ privat

„Wenn wir unseren eigenen Zielhorizont erweitern und Bündnisse mit anderen Gruppen eingehen, ermöglichen wir einen erweiterten Zugang zu Ressourcen, die zum Erreichen der eigenen Ziele beitragen. (...) Letztendlich kann das, was wir in unseren unterschiedlichen Organisationen alle anstreben – ob wir jetzt beim LSVD, den NdM, NDO oder einer anderen Organisation aktiv sind – unter „soziale Gerechtigkeit“ zusammengefasst werden. Am Ende des Tages haben wir dann ein gemeinsames Ziel. Wir sollten, da wo es Sinn macht, viel häufiger common cause coalitions bilden.“

– Tina Adomako

In der Medienberichterstattung über LSBTI* hat sich vieles zum Besseren gewandelt. Während einige Medien seriös und angemessen berichten, behandeln andere LSBTI*-Themen überwiegend in reißerischer oder voyeuristischer Aufmachung mit provokativ herabsetzenden Aussagen. Beim letzten Regenbogenparlament in Berlin wurde über die „Lebenswelten von LSBTI* in Medien-Wunsch und Wirklichkeit“ diskutiert. In Köln ging es darum, was sich bisher durch die Interessenvertretung von LSBTI* in einigen Rundfunk- und Medienräten verbessert hat und welche Herausforderungen noch bevorstehen.

Seit 2015 vertritt **Caro Frank** die Interessen der Allgemeinbevölkerung für die LAG Lesben und das Schwule Netzwerk in der Medienkommission NRW. Damit gehören die beiden Landesverbände zum ersten Mal zu den gesellschaftlich relevanten Gruppen, die in dieses Gremium berufen und dort kollegial aufgenommen wurden. Der Medienkommission obliegen die Vergabe und Kontrolle von Frequenzen, die Aufsicht über bestimmte private Fernsehprogramme, über die privaten Radioprogramme sowie die Förderung von Bürgermedien und Medienkompetenz der Bevölkerung.

Gleiches gilt für die Niedersächsische Landesmedienanstalt. **Benjamin Rottmann** übernimmt hier die Vertretung des LSVD Niedersachsen-Bremen seit 2016. Auch in Niedersachsen spiegelt sich die gesellschaftliche Vielfalt in der Zusammensetzung der Räte noch nicht

umfassend wider. Hier besteht weiterhin Verbesserungspotential. Analog zur Situation in Nordrhein-Westfalen findet die ehrenamtliche Arbeit sowohl in den großen Sitzungen aller Mitglieder als auch in einzelnen Ausschüssen statt. Und auch hier findet mehrheitlich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit statt. Die wichtigste Personalentscheidung betrifft die Wahl des*der Direktors*in der Landesmedienanstalt, denn die Direktion bestimmt in jeder Anstalt maßgeblich die inhaltliche Arbeit.

Jenny Renner ist seit 2016 ZDF-Fernsehrät*in. Ihre Entsendung in den Fernsehrat erfolgte über den Sitz des Landes Thüringen. Seit diesem



Foto © LSVD/Caro Kadatz

Zeitpunkt sind nicht mehr einzelne Parteien, sondern lediglich die Vertretung der Bundesregierung dabei, wodurch die Zusammensetzung des Rates weniger politiklastig ist. Die dadurch hervorgerufene Mehrheit von kirchlichen Vertretungen wird allerdings kritisch gesehen. Bei diesem Gremium des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks kommt der direkten Programmbeobachtung eine größere Bedeutung als beim privaten Rundfunk zu. Auch können bei Beschwerden der Zuschauer*innen direkte Nachfragen gestellt und Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Außerdem wählt der Fernsehrat die Intendanz und den Verwaltungsrat. Eine Stärkung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks scheint sinnvoll zu sein, da nur dort Vielfalt ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben ist.⁴

In allen Gremien wird die Auseinandersetzung mit vermehrt rechtspopulis-

tischem Vokabular in der Politik, in der Berichterstattung und in den Medien allgemein mehr und mehr notwendig. Die Angriffe (z.B. auf die Pressefreiheit) nötigen zu direkter Auseinandersetzung, bieten jedoch gleichzeitig die Chance sich selbst zu positionieren.

Die Sensibilisierung für LSBTI*-Themen unter dem Gesichtspunkt von gesellschaftlicher Vielfalt ist in allen Gremien notwendig. In allen Bundesländern ist weiterhin gute Lobbyarbeit nötig. Die Vertretungen der anderen Organisationen in den Medien- und Rundfunkräten haben sich schon mehrfach als sehr gute Multiplikator*innen herausgestellt. Auch hier ist im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (von ZDF über 3sat und KiKa bis zu Phoenix und arte) eine direkte Sensibilisierung der Redaktionen zu deren



Marie Hübner © LSVD

eigener Berichterstattung möglich.

Weitere LSBTI*-Vertretungen bestehen bereits beim WDR, beim SWR, bei Radio Bremen und zukünftig auch beim Deutschlandfunk. In allen Bundesländern ist weiterhin gute Lobbyarbeit nötig, um die Entsendung von LSBTI*-Vertretungen in die Gremien zu gewährleisten.

Benjamin Rottmann © LSVD / Caro Kadatz



„Insbesondere in Zeiten eines wachsenden Populismus müssen LSBTI* als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft Sitz und Stimme in Fernseh- und Medienräten haben. Auch die Deutungshoheit von Begriffen sollten wir zurückgewinnen, durch vereinfachte sprachliche Mittel können wir mehr Menschen mit unseren Themen und Positionen erreichen.

– Benjamin Rottmann

⁴ Das Bundesverfassungsgericht hatte mit seinem am 25.3.2014 veröffentlichten Urteil zum ZDF-Staatsvertrag deutlich gemacht, dass die bisherige Zusammensetzung des ZDF-Fernsehrates dem Grundsatz der Vielfaltsicherung nicht genügt. In dem Urteil heißt es u.a.: „Die Zusammensetzung der Kollegialorgane muss darauf ausgerichtet sein, Personen mit möglichst vielfältigen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen Bereichen des Gemeinwesens zusammenzuführen“ (BVerfG, 1 BvF 1/11 Rz. 39). Siehe: <http://www.der-appell.de>. Vgl. dazu auch: Vielfaltsfinder der Neuen Deutschen Medienmacher, <https://www.neuemedienmacher.de/projektevielfaltsfinder>

Zentrale Ansatzpunkte für die Medien aus Sicht der Teilnehmenden im Fachforum 3

Forderungen	Strategien	Maßnahmen
Bewusstsein schaffen für LSBTI*in Redaktionen und Medienhäusern („Normalisierung des Besonderen“)	Sensibilisierung für Lebenswelten von LSBTI*	<ul style="list-style-type: none"> • Waldschlösschen-Appell überarbeiten und verbreiten: www.der-appell.de • Angebote der Medienanstalten zur Diversitätssensibilisierung für Redaktionen
Professionalisierung von Medienschaffenden / Redaktionen zu LSBTI*-Themen	Guter Journalismus zu LSBTI*-Themen braucht Aufklärung und Sensibilisierung der Redaktionen / Medienhäuser	<ul style="list-style-type: none"> • Qualitätsstandards (Recherche, Themenvielfalt, Repräsentation etc.) formulieren • Standards für „No-Gos“ (bezgl. der Verwendung von Begriffen und der Bebilderung) festlegen
Repräsentation von vielfältigen Stimmen in den Medien („nicht immer nur der weiße schwule cis-Mann, „keine single story“)	Vernetzung und vielfältige Aufstellung in den eigenen Verbänden („Diversität leben“)	Pool von Sprechenden von Interessensvertretungen anlegen und zur Verfügung stellen (vgl. Vielfaltsfinder der Neuen Deutschen Medienmacher: https://www.neuemedienmacher.de/projekte/vielfaltsfinder)
mehr Präsenz von selbstgesetzten queeren Themen in den Medien	Vernetzung der Community-Strukturen für gemeinsame PR-Arbeit und Professionalisierung der Pressearbeit	aktive Pressearbeit durch gemeinsame Pressemitteilungen und öffentlichkeitswirksame Aktionen
Redaktionen / Medienhäusern signalisieren, was gute Medienarbeit zu LSBTI*-Themen ist	Redaktionen nicht nur tadeln, sondern auch loben	Beispiele für gute Berichterstattung teilen, liken, verbreiten
größere mediale Kraft, Sichtbarkeit, Solidarität	Bündnisse mit anderen Vereinen, Organisationen, Interessensvertretungen (Bündnispolitik statt Identitätspolitik)	Austausch, Wissenstransfer und gegenseitige Unterstützung
LSBTI*-Medien unterstützen	Sichtbarkeit der LSBTI*-Community stärken	Zeitungen kaufen, Abos abschließen
Vertretung von LSBTI* in allen Rundfunk- und Medienräten	Lobbyarbeit	Sensibilisieren und Gespräche mit Landtagsabgeordneten führen
für alle verständlich werden	(An)Sprache finden, die außerhalb der „queer bubble“ funktioniert. Wir müssen auch außerhalb der LSBTI*-Community verstanden werden.	<ul style="list-style-type: none"> • Leitfaden zu LSBTI*-Themen in einfacher Sprache (geplant von SCHLAU NRW) • Workshop-Angebot von ANDERS & GLEICH

Fachforum 4: „Regenbogenkompetenz in der internationalen Menschenrechtsarbeit“

Leitung: **Berena Yogarajah**, Referent*in des Autonomen Frauen*Lesben*Referats der Universität Köln

Expert*innen: **Bochra Triki**, Chouf, Tunis; **Dr. Sebastian Bartsch**, Amnesty International, Bezirk Köln; **Susanne Bonnemann**, Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender der Stadt Köln

Städtepartnerschaften und staatliche Austauschprogramme sind effektive Maßnahmen, um Menschen aus unterschiedlichen Regionen und Ländern zusammenzubringen. Sie sind Teil des internationalen Kulturaustauschs und auch der Menschenrechtsarbeit. Aber wie sollten sich Kommunen und Organisationen verhalten, wenn in den Partnerländern beispielsweise LSBTI* verfolgt, inhaftiert oder gar gefoltert werden? Hierzu sollte im Fachforum geklärt werden, wie Initiativen und kommunale Behörden sich für die Menschenrechte von LSBTI* in den Partnerstädten und Partnerländern einsetzen können.

Zunächst stellte **Susanne Bonnemann** das Austauschprogramm „Sister Cities stand together“ vor. Anfang Juli 2018 hatte die Stadt Köln zum zweiten Mal hauptsächlich lesbische Aktivistinnen aus fünf Kölner Partnerstädten zum Christopher Street Day (CSD) eingeladen. Im Fokus standen internationale Solidarität, Vernetzung, Sichtbarkeit von Lesben und gegenseitiges „Empowerment“. Mit dieser Ausrichtung folgt die Verwaltung einem Auftrag des Rates der Stadt Köln, das Thema Menschenrechte stärker in den Fokus der Städtepartnerschaftsarbeit zu rücken. Für das Austauschprogramm waren lesbische, schwule oder queere Aktivist*innen aus den Kölner Partnerstädten Istanbul (Türkei), Cluj/Klausenburg (Rumänien), Kattowitz (Polen), Tunis (Tunesien) und Rio de Janeiro (Brasilien) angereist.

Ein weiteres starkes Mittel zur Unterstützung der Aktivist*innen vor Ort ist der offizielle Besuch von Pride Events in den Partnerstädten. In Vertretung für die Kölner Oberbürgermeisterin reiste in diesem Jahr Bürgermeister Andreas Wolterzu den Pride Veranstaltungen in Kattowitz und Cluj. Bemerkenswert war, dass der Bürgermeister von Cluj nicht für ein Treffen mit der Delegation der Stadt Köln zur Verfügung stand. Die Berichterstattung in den lokalen Medien war hingegen sehr groß.

Dr. Sebastian Bartsch berichtete über Bestrebungen bei Amnesty International,



Foto © LSVD/Caro Kadatz

Städtepartnerschaften stärker für Menschenrechtsarbeit zu nutzen, sowie über eine Städtebefragung, die er kürzlich im Auftrag der Stadt Köln durchgeführt hat. Menschenrechte spielen in den Partnerschaften bislang keine zentrale Rolle. Gründe hierfür sind unter anderem, dass die Partnerschaften aus anderen Motiven entstanden sind (z.B. Völkerverständigung oder wirtschaftliche Interessen) und dass Menschenrechtsorganisationen eher nicht zum städtepartnerschaftlichen Akteursnetzwerk gehören. Menschenrechte kommen vereinzelt aber auf die Agenda, wenn es in der Partnerstadt zu besorgniserregenden Entwicklungen kommt. Dies betrifft u.a. auch

Fälle von Diskriminierung und Verfolgung von LSBTI*. Allerdings ist gerade mit Partnerstädten, in denen die Menschenrechtslage besonders problematisch ist, ein Dialog über Menschenrechte sehr schwierig. Die Offiziellen auf der Partnerseite sind in der Regel wenig daran interessiert und auf deutscher Seite fürchtet man, dass das Insistieren auf Menschenrechten die Partnerschaft belasten oder gar gefährden könnte. Darüber hinaus ist immer darauf zu achten, dass der Einsatz für Personen in der Partnerstadt diesen nützt und sie nicht gefährdet. Dennoch haben alle Partnerschaften ein beträchtliches Potenzial für menschenrechtliches Engagement.

Bohra Triki berichtete von der schwierigen Situation in Tunesien, das sich seit der Revolution 2011 im Umbruch befindet. Immer noch wird Homosexualität mit bis zu drei Jahren Gefängnis strafrechtlich verfolgt. LSBTI*-Aktivist*innen machen darauf aufmerksam, dass es sich bei diesem Gesetz um ein Vermächtnis aus der Kolonialzeit handelt. Die höhere Sichtbarkeit von LSBTI* hat auch zu mehr

LSBTI*-Feindlichkeit und zu mehr Festnahmen geführt. Zwar wurden Analuntersuchungen bei Männern offiziell abgeschafft, jedoch finden sie aktuell immer noch statt. Als zweite Verbesserung deutet sich eine Abmilderung im Strafrecht an, die Homosexualität nicht mehr als Straftat, sondern nur noch mit einem Bußgeld ahnden würde. Es gibt Demonstrationen gegen diese Reform des Straf-

rechts, allerdings auch Gegendemonstrationen, bei denen LSBTI*-Aktivist*innen (teilweise erstmals) mit anderen Menschenrechts-Aktivist*innen zusammenarbeiten. Ein Wunsch der Partnerstädte ist es, dass LSBTI*-Organisationen identifiziert und kontaktiert werden, um gemeinsam Möglichkeiten der Unterstützung zu erarbeiten.

Forderungen

- + Städte müssen menschenrechtliche Bedingungen für die Partnerschaften formulieren
- + Organisationen der Menschenrechtsarbeit sollten in die Programme involviert werden
- + bei Menschenrechtsverletzungen sollten die Partner*innen immer den lokalen Aktivist*innen die Wahl der Mittel überlassen (z.B. Sichtbarkeit und Bekanntmachung der internationalen Unterstützung) im Sinne der Strategie, keinen Schaden zu verursachen - „Do no harm-policy“
- + in der Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen sollten westliche beziehungsweise koloniale Einflüsse berücksichtigt werden
- + mehr Geld für Aktivitäten und Strukturen
- + die internationale Arbeit der Partnerstädte in Deutschland muss LSBTI*-inklusiv ausgestaltet werden
- + Verwaltungen sollten Menschen einladen, um über die Vorteile der internationalen Menschenrechtsarbeit zu reden

„Glaubwürdige Arbeit für die Menschenrechte beginnt zu Hause, in der eigenen Stadtpolitik. Es bringt nichts, die Partner*innen zu belehren.“

– Dr. Sebastian Bartsch

„Fördern wir akzeptierte Themen wie die Frauenrechte, um gleichzeitig auch die LSBTI*-Rechte voran zu bringen.“

– Bohra Triki

Maßnahmen

- + Austauschprogramme auf städtischen Ebenen über den Stadtrat im kommunalen Haushalt einstellen lassen
- + Beteiligung von offiziellen Delegationen bei Pride Events oder kleineren Anlässen in den jeweiligen Partnerstädten
- + bei Besuchen offizieller Delegationen aus den Partnerstädten sollten das Thema Diversität und die Vorteile vermittelt werden
- + Ermutigung von Menschenrechtsorganisationen zum Beginn von Netzwerkarbeiten außerhalb der offiziellen Partnerschaften

Strategien

- + sowohl offizielle als auch „Graswurzel“-Bewegungen zur Kooperation nutzen
- + lokale Aktivist*innen ermutigen, sich für das Thema Menschenrechte einzusetzen
- + unterschiedliche Schwerpunkte benennen, um LSBTI*-Themen zu diskutieren (beispielsweise Rechte von Minderheiten, Frauen etc.)
- + Beispiele guter Praxis nutzen und von anderen Städten lernen
- + Geflüchtete und LSBTI*-Aktivist*innen in das Engagement für Menschenrechte einbeziehen
- + Deutsche Partnerstädte müssen mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es um Minderheitenrechte geht.

Fachforum 5: „Out im Office - Regenbogenkompetenz in der Arbeitswelt“

Leitung: **Robert Hecklau**, Freier Journalist

Expert*innen: **Bernhard Kullmann**, IGay Bau; **Stefan Meinke**, Vorsitzender des Personalsrats (Dezernate IV und V: Schul-, Sozial- und Gesundheitsverwaltung) der Stadt Köln; **Sebastian Krebs**, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Nordrhein-Westfalen (NRW)

LSBTI*-Beschäftigte erleben am Arbeitsplatz immer noch Ausgrenzung, Mobbing und Diskriminierung. Viele Arbeitnehmer*innen können jedoch offener mit ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität umgehen als noch vor zehn Jahren. Gleichwohl gibt es eine Vielzahl von Menschen, die aus Angst vor Diskriminierung und Mobbing nicht über ihre sexuelle und geschlechtliche Identität am Arbeitsplatz sprechen können oder wollen. Im Rahmen des Fachforums wurde darüber diskutiert, wie die Regenbogenkompetenz in der Arbeitswelt erhöht werden kann und welche guten Erfahrungen und Herangehensweisen als Vorbild dienen können.

Forderungen an die Bundespolitik

- + Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell besser ausstatten
- + Nationaler Aktionsplan und Strauß von Maßnahmen für Vielfalt und langfristige Akzeptanz: insbesondere Strukturförderungen durch Bund (nicht nur Projektförderung)
- + Ergänzung der Verfassung (Artikel 3 Absatz 3 GG): Diskriminierungsverbot aufgrund sexueller und geschlechtlicher Identität aufnehmen
- + steuerliche Berücksichtigung von Fortbildungsmaßnahmen
- + strukturelle Förderung für Bildungsprojekte als Voraussetzung für Akzeptanz im Arbeitsleben anstoßen
- + Sonderrechte konfessioneller Arbeitgeber kappen und Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schließen

Ebenso sammelten die Teilnehmenden Forderungen an die lokale bzw. regionale Politik. Dazu regten sie an, dass die Landesaktionspläne für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fortgeschrieben werden sollten. Auf kommunaler Ebene sollten Sensibilisierung und Schulungen als Pflichtveranstaltung für Beamt*innen durchgeführt werden.

Forderungen an die LSBTI*-Community

- + Self-Empowerment und gegenseitige Unterstützung
- + Freiräume stärker nutzen, um Gruppen / Initiativen zu gründen
- + mehr Campaigning durch Vereine: z.B. LSVD u.a. nutzen
- + Zivilcourage und Gesicht zeigen: „going public“ am Arbeitsplatz
- + Betriebe im ländlichen Raum erreichen

Folgende Maßnahmen sollen die Regenbogenkompetenz in Betrieben und Institutionen erhöhen:

- + Regenbogensiegel für Firmen (zur Erhöhung der Sichtbarkeit)
- + Diversity Management in Betrieben wiederbeleben, entfalten und verankern (bei öffentlichen Ausschreibungen Diskriminierungsverbote, Gleichstellungsgebote)
- + Ansprechpartner*innen für Vielfalt in Betrieben etablieren
- + IHK und Handwerkskammern für Regenbogenkompetenz gewinnen und sensibilisieren
- + mehr Studien zum Thema „LSBTI* am Arbeitsplatz“ - Bedarfe eruieren (für LSBTI* und -Akzeptanz)
- + Fort- und Weiterbildungsangebote für Arbeitgeber*innen und leitende Angestellte

Ein besonderes Augenmerk kommt der Schule als Arbeitsplatz zu. Hier klafft weiterhin eine Gesetzeslücke, da das AGG nicht für Schüler*innen gilt. Diese Lücke muss geschlossen werden. Als Akutmaßnahme schlägt das Fachforum die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Schüler*innen vor. Hierzu sollte eine Person benannt werden. Im Fachforum wurde diskutiert, wie die Regenbogen-

kompetenz in den Regelstrukturen an Schulen erhöht werden kann. Die Etablierung von Beauftragten an Schulen für Vielfalt / Diversität / Antidiskriminierung ist ein gangbarer Weg. Auch einfach einsetzbare Unterrichtsmaterialien oder SCHLAU-Workshops sind hierbei hilfreich. Gut zugängliche Handlungsleitfäden und Beratungsangebote für Schüler*innen, Lehrer*innen

und Eltern dienen diesem Ziel.

Grundlegend ist es, LSBTI* als selbstverständliches Thema in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und in der Sozialen Arbeit zu behandeln. Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien sollten reformiert werden, um sicherzustellen, dass sie vielfältige Lebensweisen und Identitäten auch abbilden.



Foto © LSVD/Caro Kadatz

Teilnehmende im Fachforum 5

Forderungen an die Gewerkschaften und den DGB

- + stärkere Vernetzung zwischen den Gewerkschaften und mehr Vernetzung beim DGB
- + Gewerkschaften sollten Fort- und Weiterbildungen zum Thema Vielfalt anbieten
- + LSBTI* sollte Thema in allen Gewerkschaften sein. Das Thema muss präsent sein, um im DGB bearbeitet zu werden, sowas geschieht
- nicht von selbst (bottom up genügt nicht, auch top-down, erst lokal, dann Land und Bund).
- + Qualifizierung zu Wissensvermittlung in den Gewerkschaften
- + Arbeit an der Haltung von Funktionär*innen und Vorgesetzten, z.B. durch Aufnahme des Thema LSBTI* in die Bildungsmaßnahmen für Betriebsräte / Personalvertretungen
- + Strategie: Selbstverständlichkeit, Mainstreaming, u.a. durch Formulierungen in Stellenausschreibungen (sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität, m, w, d)
- + Veranstaltung des LSVD dazu (mit DGB) für Gewerkschaften

Podiumsdiskussion: „Queer School - Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht“

Moderation: **Jürgen Piger**, Jugendzentrum anyway

Expert*innen: **Marco Düsterwald**, Volkshochschul-Landesverband Nordrhein-Westfalen (NRW); **Renate Bonow**, Landeskoordination „Schule ohne Rassismus — Schule mit Courage“; **Sebastian Krebs**, Stellvertretender Vorsitzender der GEW NRW; **Laura Becker**, Bundesverband Queere Bildung e.V.; **Nikolaj Grünwald**, Landes-schüler*innenvertretung NRW

Foto © privat



„Bisher ist sexuelle und geschlechtliche Vielfalt kein Thema in der Ausbildung von Lehrkräften. Die Aufnahme von queeren Themen in die Ausbildung von Lehrkräften ist daher ein wichtiges Instrument zu Aufklärung und Akzeptanz. Das ist gerade deshalb so wichtig, um der auf den Schulhöfen immer noch weit verbreiteten Homosexuellen- und Trans*-Feindlichkeit Einhalt zu gebieten. Gerade hier muss diskriminierenden Äußerungen deutlich entgegengetreten werden, damit die Ablehnung nicht in den Alltag übergreift und dort in gewalttätigen Handlungen eskaliert.“

– Jürgen Piger

Die Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten gehört heute zum Alltag in Deutschland. Besonders Schulen und Bildungseinrichtungen sollen junge Menschen auf diese Vielfalt vorbereiten. Oft gelingt das jedoch nur mit mäßigem Erfolg. Kinder die lesbisch, schwul, bisexuell, trans* oder intergeschlechtlich (LSBTI*) sind oder auch nur dafür gehalten werden, erfahren immer noch Mobbing und Gewalt auf Schulhöfen. Wörter wie „schwul“ oder „lesbisch“ werden als Schimpfwörter missbraucht und bleiben von Lehrkräften oftmals unwidersprochen. Der Unterricht und die Lernmaterialien sind heteronormativ und LSBTI* – wenn überhaupt – nur ein Thema im Biologieunterricht. Auf der Podiumsdiskussion gingen die Expert*innen der Frage nach, wie es gelingen kann, dass Schulen Orte des Respekts und der Vielfalt werden können. Lehrkräfte und pädagogisches Personal treffen in ihrer Arbeit täglich auf die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Kindern und Jugendlichen. Auch queere Lebensweisen sind ein Teil dieser gesellschaftlichen Vielfalt, sei es hinsichtlich sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität/-ausdruck oder aber hinsichtlich ihrer Familienformen.

Die Expert*innen auf dem Podium waren sich darüber einig, dass in Schulen und Bildungseinrichtungen Mobbing und Diskriminierung noch immer allgegenwärtig sind. Diskriminierende Äußerungen und Anfeindungen der Schüler*innen untereinander blieben noch zu häufig unwidersprochen. Das pädagogische Personal würde zu selten einschreiten, wenn Kinder wegen ihrer realen oder zugeschriebenen sexuellen und geschlechtlichen Identität angefeindet werden oder Ausgrenzung er-

fahren. „Schwul“ oder „Schwuchtel“ werde beispielsweise immer noch von 62% der Sechstklässler*innen und von 54% der Neunt- und Zehntklässler*innen als Schimpfwort verwendet. Das hätten Studien der Humboldt-Universität Berlin bereits gezeigt.⁵

Nikolaj Grünwald von der Landes-schüler*innenvertretung Nordrhein-Westfalen betonte während der Diskussion deutlich, dass es immer noch an Sensibilisierung fehle und Schimpfwör-

ter nicht ignoriert werden dürfen. Oft sei es nur die lokale Schüler*innenvertretung, die hier aktiv werden würde. Schulleitungen und Lehrkräfte würden häufig eher passiv reagieren. Bei Schulen in privater Trägerschaft (vor allem bei christlichen Trägern) verschärft sich die Situation noch einmal deutlich, so Grünwald. Der Status quo zeige auch, dass das Klima der Vielfalt an Schulen noch ausbaufähig sei. Dem stimmte auch **Laura Becker** vom Bundesverband „Queere Bildung“ zu.

Projekte wie „Schule ohne Rassismus“ und „Schule der Vielfalt“ böten Lehrkräften und Schüler*innen die Möglichkeiten, den Alltag an ihren Schulen so zu verändern, dass dieser von einem respektvollen und diskriminierungsfreien Umgang geprägt sei. Nach Einschätzung des Podiums sei es jedoch eine Herausforderung in einem solchen Prozess alle einzubinden. Häufig scheitere ein solcher Prozess an der angespannten Personalsituation und an der Überlastung von Lehrkräften. Diese Erfahrungen würden auch Schüler*innen-Vertretungen vor Ort machen. Oft sind es nur einzelne Lehrkräfte, die hier unterstützen würden.

Diese Einschätzung teilte auch **Renate Bonow**, die im Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ für die Landeskoordination in Nordrhein-Westfalen zuständig ist. Laura Becker vom Bundesverband Queere Bildung e.V. merkte an, dass Lehrkräfte oft zwar das Thema auf dem Schirm hätten, jedoch es oft auch an den zeitlichen Kapazitäten scheitern würde. Nur wenn wir die Vielfalt von unterschiedlichen Lebensweisen und Identitäten auch in die Leitbilder und Schulverfassungen verankern würden, könne es gelingen, Vielfalt auch in Schulen erlebbar zu machen und einen respektvollen Umgang sicherzustellen. Es ginge hier auch um die Sichtbarkeit dieser Vielfalt. Besonders auch Schulbuchverlage und die Bildungsverwaltungen sollten dafür sorgen, dass die Vielfalt in unserer Gesellschaft auch in den Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien abgebildet werde.

Nikolaj Grünwald fügte hinzu, dass Schulen auch mehr demokratische Räu-

me bieten müssen, um Selbstwirksamkeit von Schüler*innen beim Thema Mitbestimmung und Teilhabe auch erfahrbar zu machen.

Renate Bonow merkte an, dass die Thematisierung von LSBTI* auch umfassender in den Lehrplänen verankert werden müsse. Wenn es nicht auch in den Lehrplänen verankert werde, finde das Thema im Unterricht nicht statt.



Foto © LSVJ/Caro Kadatz

Gleichzeitig sollte auch das Thema Regenbogenkompetenz in die Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen und pädagogischem Personal aufgenommen werden. Laura Becker unterstrich in ihrem Statement, dass die Wissensvermittlung zu den Themen „Diskriminierung“ und „Vielfalt“ im Vorbereitungsdienst der Lehrkräfte unbedingt verbessert werden sollte. Vielfalt müsse über das Thema Inklusion hinausgedacht werden. Es sei grundlegend, dass Schule die Vielfalt von Identitäten und Lebensweisen als ein Querschnittsthema begreife. Auch sei Vielfalt eine Frage der Haltung von Lehrkräften und pädagogischem Personal. Eine bloße stoffliche Output-Orientierung sei hier

eher hinderlich, so Renate Bonow.

Sebastian Krebs von der GEW merkte in diesem Zusammenhang auch an, dass die AfD gegenwärtig in einigen Bundesländern mit ihren online Portalen zur Denunziation von Lehrkräften das Schulklima zu beeinflussen versucht. Es existieren Aufrufe an Schüler*innen zur Denunziation von Lehrer*innen, die sich angeblich nicht an

den Beutelsbacher Konsens⁶ hielten.. Man versuche Lehrkräfte einzuschüchtern, um die Sichtbarkeit der Vielfalt von Identitäten zu verhindern und Kritik an rechten Positionen mundtot zu machen. Das Neutralitätsgebot von Schule werde so instrumentalisiert. Die Volkshochschulen sehen sich beim Thema Neutralität in einer ähnlichen Situation, vor allem weil sie in der Regel zur kommunalen Verwaltung gehören. Gleichwohl können sie auch Raum geben, um gesellschaftliche Vielfalt sichtbar zu machen und dafür in Kursen zu sensibilisieren. Demgegenüber steht die Einsicht, dass die politische Aufklärung über populistische Bedrohungen der Menschenrechte und der Demokra-

⁵ Vgl. Klocke, U. (2012). Akzeptanz sexueller Vielfalt an Berliner Schulen: Eine Befragung zu Verhalten, Einstellungen und Wissen zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Personen und deren Einflussvariablen. Berlin: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Online abrufbar unter: https://www.psychologie.hu-berlin.de/de/prof/org/download/klocke2012_1

⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Der Beutelsbacher Konsens. Online abrufbar unter <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>

tie auf jeden Fall ein Auftrag von Schule wie auch Volkshochschule ist. Wir sollten das Thema Vielfalt nicht denen überlassen, die mit Agitationen und faktenfreien Kampagnen unser

gesellschaftliches Miteinander spalten wollen, so Marco Düsterwald vom Landesverband NRW der Volkshochschulen. Zielführender sei, die eigenen Wertvorstellungen zu kommunizieren,

als sich an rechten Positionen abzuarbeiten. Darüber war sich das Panel einig.

Marie Hübner © LSVD



Weitere Forderungen des Podiums:

- + Förderung ehrenamtlicher Strukturen, die sich in der Antidiskriminierungsarbeit engagieren wie zum Beispiel Queere Bildung e.V. Denn Hauptamt wird automatisch mehr ehrenamtliches Engagement hervorgerufen.
- + Das BAMF ist aufgefordert, in den Lehrmaterialien für Integrationsschulen LSBTI* nicht weiterhin zu ignorieren.⁷
- + Die NRW Landesregierung ist aufgefordert, etwas gegen die Diskriminierung von Trans* und Inter* im Schulalltag zu unternehmen. Die Schule der Vielfalt gibt dazu demnächst einen Leitfaden heraus.

„Das war mein allererster Tag im Parlament! Es hat mir sehr gut gefallen und ich komme morgen wieder.“

– Zitat eines Teilnehmers am Kölner Regenbogenparlament

⁷ Hintergrund: Die Verlage verkaufen diese Lehrmaterialien weltweit und schränken daher das Thema Vielfalt ein.



Fotos: Caro Kadatz / LSVD

Ausblick

Zur Förderung der Debattenkultur und des fachlichen Austauschs werden bundesweite Regenbogenparlamente veranstaltet. Beim Regenbogenparlament wird darüber diskutiert, wie „Regenbogenkompetenz“ in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen erhöht werden kann. Die dritte Veranstaltung in dieser Reihe wird das Regenbogenparlament **in Hamburg im September 2019** sein.

Im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“ finden auch regionale Vernetzungstreffen und Konferenzen statt. Die Ideen und Impulse der Teilnehmenden der Vernetzungstreffen werden auf den Konferenzen gemeinsam mit Expert*innen und Multiplikator*innen weiterentwickelt und analysiert. Weitere Informationen zum Projekt und die Dokumentationen der Veranstaltungen finden Sie unter www.miteinander-staerken.de

Wir danken den Unterstützer*innen des Regenbogenparlaments in Köln:

Stadt Köln, Amt für Weiterbildung – Volkshochschule

Arbeiter-Samariter-Bund Nordrhein-Westfalen

Heinrich Böll Stiftung e.V., Büro Tunis

Restaurant Consilium, Köln

a & o Hostels



Die Oberbürgermeisterin
Amt für Weiterbildung
Volkshochschule



Hinweis

Die Veröffentlichungen in dieser Dokumentation stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor*innen die Verantwortung.

Erstellung der Dokumentation

Redaktion: René Mertens, Jürgen Rausch, Markus Ulrich, Klaus Jetz

Fotos: LSVD / Caro Kadatz, Berlin www.lichtbild-berlin.de

Zeichnungen: Ausschnitte aus Graphic Recordings von Marie Hübner, Frankfurt a.M. <http://graphictelling.org>

Gesamtgestaltung: Helga Braun, Hamburg www.comedia-hamburg.de

Impressum

V.i.S.d.P.: Familien- und Sozialverein des LSVD e.V., vertreten durch Klaus Jetz

Postfach 10 34 14, 50474 Köln

www.lsvd.de

Alle Veranstaltungen im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

2017

- 20.10.2017:
Vernetzungstreffen Leipzig
- 09.12.2017:
Vernetzungstreffen Mannheim

2018

- 20.01.2018:
Vernetzungstreffen Dortmund
- 17.02.2018:
Regenbogenparlament Berlin
- 03.03.2018:
Vernetzungstreffen Magdeburg
- 22.09.2018:
Regenbogenparlament Köln
- 10.10.2018:
Regionale Konferenz Leipzig
- 08.11.2018:
Regionale Konferenz München

2019

- 14.02.2019:
Regionale Konferenz Düsseldorf
- März 2019:
Regionale Konferenz Magdeburg
- 07.09.2019:
Regenbogenparlament Hamburg

Kontakt zum LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

In Köln: Jürgen Rausch
Hülchrather Str. 4, 50670 Köln
Telefon: 0221 - 92 59 61 13
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: juergen.rausch@lsvd.de

In Berlin: René Mertens
Almstadtstr. 7, 10119 Berlin
Telefon: 030 - 78 95 47 63
E-Mail: rene.mertens@lsvd.de

Website des Projekts www.miteinander-staerken.de

